

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 48

Er erscheint **Comptag**
Zeugpreis monatlich 10 Pf. Nur Postbezug.
Zustellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 30. November 1924

Verlagsstelle: Berlin G. 2, Treitelstr. 8/9 IV.
Fernruf: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

Wie wählt die Arbeiterin am 7. Dezember?

Die im Verlaufe der kapitalistischen Entwicklung fortgesetzt zunehmende Verwendung der Frauenarbeit in Industrie, Handel und Verkehr hat innerhalb der arbeitenden Bevölkerung eine besondere „Frauenfrage“ nicht entstehen lassen. Mit dem Eintritt der Frau in die gewerbliche Tätigkeit war für sie im wesentlichen die wirtschaftliche Gleichstellung mit dem männlichen Arbeiter gegeben. Diese Gleichstellung bedeutete freilich nicht viel, besteht sie doch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung eigentlich nur in dem beiden Geschlechtern zustehenden Recht, sich von dem sie beschäftigenden Kapitalisten ausbeuten zu lassen. Nur in einem blieb die erwerbstätige Frau gegenüber dem Mann benachteiligt: Sie entbehrte der politischen Gleichberechtigung, sie war politisch rechtlos! Es stand ihr keine Möglichkeit zur Verfügung, die sie aufs engste berührenden wirtschaftlichen Verhältnisse in einer ihren wie den Interessen des arbeitenden Volkes entsprechenden Weise politisch zu beeinflussen.

Dieses Unrecht ist, nachdem den Frauen durch Verordnung der sozialdemokratischen Volksbeauftragten im Jahre 1919 das aktive und passive Wahlrecht gewährt wurde, durch die Reichsverfassung endgültig beseitigt. Die Frauen haben die volle politische Gleichberechtigung erhalten. In Verbindung damit, daß gleichzeitig das Wahlalter von dem 25. auf das vollendete 20. Lebensjahr herabgesetzt wurde, hat sich eine sowohl für die Frauen wie für die Gesamtheit des Volkes bedeutsame politische Aenderung vollzogen. Bei der großen Zahl der Frauen konnte ihre Wahlbeteiligung nicht ohne Einfluß auf die politische Lage sein, was sich besonders in der starken Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bemerkbar machte, die von 4,2 Millionen im Jahre 1912 auf 11,1 Millionen stiegen. Ingesamt vereinigten sich bei den Nationalversammlungswahlen auf die proletarischen Parteien — Sozialdemokratie und Unabhängige — 13,8 Millionen = 45 Proz. aller abgegebenen Stimmen.

Dem politischen Aufstieg dieser Periode folgte leider nur zu bald ein Abstieg. Bei den Reichstagswahlen 1920 ging die Stimmenzahl der Sozialdemokratie und Unabhängigen auf 10,7 Millionen = 39 Prozent zurück und bei den Inflationenwahlen im Mai 1924 sank die Zahl der proletarischen Stimmen sogar unter Einrechnung der Kommunisten auf 10,2 Millionen = 34 Proz. der Gesamtstimmenzahl herab.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen können dieser Entwicklung nicht gleichgültig und teilnahmslos zusehen. Für sie steht dabei viel zu viel auf dem Spiele. Schreitet diese Entwicklung fort, dann werden nicht nur ihre politischen und wirtschaftlichen Rechte, sondern auch ihre gewerkschaftlichen Errungenschaften gefährdet. Gleichzeitig werden die auf Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft gerichteten gewerkschaftlichen Bestrebungen in Frage gestellt. Politik und Wirtschaft stehen in untrennbarer Verbindung miteinander. Was auf politischem Gebiet gesündigt wird, macht sich alsbald wirtschaftlich bemerkbar, und zwar am meisten für die Frauen der arbeitenden Klasse. Nur zu gut werden den Frauen noch die schlimmen Zeiten der Inflation

in der Erinnerung sein. Die sie herbeiführende Vernichtung der deutschen Währung hatte für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen die verheerendsten Folgen. Ihre Lebenshaltung wurde ständig herabgedrückt. Die zu wahnwitziger Höhe steigenden Preise des Lebensunterhaltes konnten durch keine Lohnerhöhung ausgeglichen werden, weil jede Lohnsteigerung durch weitere Preiserhöhungen gegenstandslos gemacht wurde. Eine Verelendung der Arbeiterschaft war hiernach unausbleiblich. Was sich hier für die Arbeiterschaft ergab, war die Folge jener von den rechtsstehenden Parteien betriebenen, von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften vergeblich bekämpften Politik, die zur Befestigung des Ruhrgebiets durch die Franzosen führte und das deutsche Reich dem Untergang nahe brachte.

Daß eine derartige Politik möglich war, ist nur dem Zufall der Reichstagswahl von 1920 zuzuschreiben, die eine Schwächung der Sozialdemokratie und damit eine Verminderung des Einflusses der Arbeiterschaft auf die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführte. Durch die Inflationenwahlen wurde dieser Zustand weiter verschlechtert. Bei den bevorstehenden Reichstagswahlen darf sich das nicht wiederholen. Es zu verhindern, müssen auch die Arbeiterinnen mitwirken, sich darüber klar sein, daß ihnen die politische Gleichstellung mit den Männern eine schwere Verantwortung auferlegt. Nach der Berufszählung von 1907 waren in Industrie, Handel und Verkehr rund 8,2 Millionen weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Bei dieser großen Zahl erwerbstätiger Frauen ist es nicht gleichgültig, ob und wie sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Daß die wahlberechtigten Arbeiterinnen wählen müssen ist selbstverständlich. Auf keinen Fall aber dürfen sie mit Abgabe ihrer Stimme die bürgerlichen Parteien unterstützen. Jede Stärkung der bürgerlichen Parteien bedeutet eine Benachteiligung der Arbeiterinteressen. Wenn in den letzten Jahren so manche Errungenschaften der Novemberrevolution verloren gingen, und andere auf das Schlimmste gefährdet sind, dann ist das nicht, wie die Kommunisten behaupten, Schuld der Sozialdemokratie oder der Gewerkschaftsführer, sondern lediglich die Folge davon, daß eine große Zahl von Männern und Frauen, darunter nur zu viele Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr Wahlrecht falsch gebrauchten.

Wir haben in Deutschland den freien Volksstaat. Das Volk hat auf Grund der ihm zustehenden politischen Rechte die Gestaltung seines Geschicks selbst in der Hand. Die arbeitenden Schichten umfassen nicht weniger als 85 Proz. der Gesamtbevölkerung. Hiervon entfällt der größere Teil auf die Frauen. Das arbeitende Volk kann also seine Lage verbessern, wenn es den Willen dazu hat und diesen bei den Wahlen zum Ausdruck bringt. Dessen müssen sich die werktätigen Frauen, insbesondere die organisierten Arbeiterinnen bewußt sein. Ihnen fällt deshalb die Aufgabe zu, bei der hierzu erforderlichen Aufklärungsarbeit unter den noch nicht organisierten Frauen und Arbeiterinnen mitzuwirken, diesen klarzumachen, worauf es bei den bevorstehenden Wahlen ankommt.

Wer fördert den Arbeiterschutz?

Daß der Arbeiterschutz dem mittelbaren und unmittelbaren Einfluß der Sozialdemokratie zu danken ist, hat selbst Bismarck zugegeben. Der Auspruch in seiner Antwort auf eine Rede Ignaz Auer im Reichstage am 26. November 1884: „Wenn wir keine Sozialdemokraten hätten und wenn sich niemand vor ihr fürchten würde, hätten wir überhaupt keine Sozialpolitik!“ dürfte wohl auch Ureingeweihten als Beweis gelten.

Aber nicht nur der Arbeiterschutz, wie er auf dem Papier steht, ist auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen, auch seine Durchführung ist zu einem erheblichen Grade die Auswirkung sozialdemokratischen Einflusses auf die Politik.

Einen deutlichen Beweis hierfür liefert das Verhalten der Regierungen und ihrer ausführenden Organe zu der gewerkschaftlichen Forderung: zur Kontrolle der Betriebe auf die praktische Anwendung der Arbeiterschutzvorschriften Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Organe des Gewerbe- und Handelsaufsicht heranzuziehen.

Bis auf einige Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen in einigen Bundesstaaten, und bis auf die berühmten Sicherheitsmänner im preussischen Bergbau war vor dem Kriege die amtliche Gewerbeaufsicht nahezu ausschließliches Arbeitsgebiet akademisch vorgebildeter Beamten. Bei den weiblichen Beamten verzichtete man freilich aus begreiflichen Gründen auf die akademische Vorbildung. Aber auch hier waren Herkommen und höhere Töchterausbildung fast ausnahmslos wichtige Maßstäbe für die Beurteilung der Eignung und ausschlaggebend für die Anstellung.

Erst nach der Revolution wurde die Forderung erfüllt, Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Kontrollorgane der Gewerbe- und Handelsaufsicht anzustellen.

Die aus diesen Kreisen stammenden Persönlichkeiten haben mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie sind ausnahmslos nicht mit offenen Armen von der Gewerbeaufsicht aufgenommen worden. Offen und verdeckt wird ihnen im Gegenteil die Ausübung ihres Amtes erschwert.

Die Bemühungen, den aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammenden Kontrollorganen der Gewerbeaufsicht eine der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechende Stellung zu schaffen, stoßen vor allen Dingen in Preußen auf größte Schwierigkeiten. Trotz wiederholter Versuche der sozialdemokratischen Fraktion und auch der Gewerkschaften aller Richtungen, eine bessere Eingruppierung in finanzieller und sozialer Beziehung zu schaffen, ist Wesentliches bisher nicht erreicht worden. In wohlwollende Versprechungen hat es zwar nicht gefehlt; nur sind die Versprechungen bisher nicht in die Tat umgesetzt worden.

Ohne Zweifel trägt hierzu der Umstand bei, daß bei den Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum des Preussischen Landtags sämtliche bürgerlichen Parteien sich ablehnend verhalten haben. Parteiführerin war stets und einzig und allein die Sozialdemokratische Partei. Selbst der Versuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften auf die bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen auf das Zentrum und die Demokraten einzuwirken, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen nichtbeamteten

Wer eine Besserung seiner und der Allgemeinheit Lage will, kann bei den Wahlen am 7. Dezember nur sozialdemokratisch wählen!

Aus dem Rheinland links des Rheins.

Eingeladen waren zu dieser Tagung Oesterreich, Ungarn, Deutschland, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen und das Internationale Sekretariat. Deutschland war an der Teilnahme infolge des Streiks in Leipzig und Stuttgart verhindert, ebenso Rumänien wegen Passschwierigkeiten, war aber nach Verständigung durch Ungarn vertreten. Polen lehnte im letzten Augenblick ab. Somit nahmen an der Konferenz teil 5 Länder mit 6 Organisationen und das Internationale Sekretariat. Mit dieser Tagung wurden zwei Ziele verfolgt: einmal eine gründliche Aussprache über die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Buchbinderbranche und zweitens eine enger Fühlungnahme zwischen den Organisationen der östlichen Länder, beides zum Zwecke, den internationalen Zusammenschluß und die internationale Arbeit zu fördern und zu stützen. Diese Landesgruppenarbeit ist nicht neu, sie wird bereits durchgeführt in der skandinavischen Ländergruppe, wo Dänemark, Norwegen und Schweden allgemeine wichtige Fragen gemeinsam beraten und zu diesem Zwecke eine Zentralstelle besitzen.

War diese Notwendigkeit in den skandinavischen Ländern gegeben, so ist dies noch viel mehr der Fall in den östlichen Ländern Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien und Polen, welche letztere fünf zum großen Teil in der alten österreichischen Monarchie einverleibt waren und infolgedessen auch für die Gewerkschaftsbewegung eine Einheit mit dem Zentralsitz in Wien bildeten. Der Antrag zur Konferenz, von Ungarn unterstützt, ging vom österreichischen Zentralvorstand aus, er sah aber darin nicht nur das Interesse der einberufenen Organisationen, sondern er wollte damit so weit wie nur möglich das allgemeine Interesse unserer Internationalen zu heben versuchen. Die gründliche und sachliche Aussprache über die bestehenden teilweise ganz verschiedenen Arbeits- und Lohnverhältnisse in den genannten Ländern im Zusammenhang mit den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Zuständen, dabei die Möglichkeiten der Abhilfsmaßnahmen untersuchend, zeitigte eine Resolution und einige Anträge. Es war selbstverständlich nicht möglich, Beschlüsse zu fassen. Aber der Ernst, der in den ganzen Verhandlungen zum Ausdruck kam, bürgt für den festen Willen, mitzuwirken, die besprochenen, teilweise recht heiklen Probleme einer Lösung, zumindestens aber einer Besserung entgegenzuführen.

Die Teilnehmer und insbesondere die Einberufer der Konferenz verdienen die volle Anerkennung für ihre Initiative. Die Tagung bewies aufs neue, daß die dortige Buchbinderarbeiterschaft international zu denken und zu handeln versteht.

Im besonderen wurden nach ausführlichem Referat des Obmannes der österreichischen Organisation die Frage der Arbeitslosigkeit und der damit eng verwachsenen Probleme der Frauenarbeit, der Akkordarbeit, der Lehrlingshaltung und der Zu- und Abwanderung im allgemeinen und auch in besonderer Berücksichtigung der beteiligten Länder behandelt. Den Inhalt der Resolution und der Anträge werden wir in der nächsten Nummer zur Kenntnis bringen.

Ungarn. Infolge fortdauernder Teuerung haben in sämtlichen Branchen erfolgreiche Lohnbewegungen stattgefunden. Buchbinder, Rastrierer und Kuvertbranche erhielten 4 Proz., die Kartonage 10 Proz., Zigarettenhüllen, Tütenindustrie und Kunstblumenbranche 7 Proz. Diese Lohnerhöhungen erhielten die Buchbinder, Rastrierer und Kuvertarbeiterinnen vom 3. November an, alle anderen Branchen von Mitte Oktober. Nunmehr gestalten sich die Spitzenlöhne in der Buchbinderbranche wie folgt: Für Facharbeiter 558 486 Kr., für Arbeiterinnen 335 730 Kr. Die Rastrierer und Spezialarbeiter sind höher entlohnt. Lehrlinge erhalten im ersten Jahre pro Woche 70 000 Kr., im zweiten Jahre 100 000 Kr. Die Arbeitslosigkeit ist noch immer eine große: Es sind in Budapest 90 Facharbeiter und 130 Arbeiterinnen der Buchbinderbranche arbeitslos. In den anderen Branchen herrscht keine Arbeitslosigkeit.

Das Grenzgebiet im Westen, einer der schönsten Teile des Reichs, hat eine schwere Zeit hinter sich. Nach dem zurückflutenden Heere nach Kriegsende rückte die fremde Besatzung ein. Draconische Bestimmungen engten die Tätigkeit und den Verkehr ein und nur allmählich wurden diese Bestimmungen wieder gelockert. Mit dem Ruhrkampf begann eine neue Leidenszeit. Tausende, darunter sehr zahlreiche Gewerkschaftler, wurden aus ihrer Heimat vertrieben, die Eisenbahn beschlagnahmt, der Transport lebenswichtiger Güter mußte durch Lastautos vorgenommen



werden, immer wieder erschwert oder gehemmt durch Maßnahmen der Besatzung. Der Personenverkehr war fast lahmgelegt und auch die Post konnte nur einen kleinen Teil ihrer Aufgaben erfüllen. Aus schänder Gewinnsucht fanden sich verbrecherische Elemente aus dem ganzen Reich zusammen, die unter Ausnutzung der Zustände mit Hilfe oder Duldung der herrschenden Mächte die sattem bekannten Separatistenputzchen veranstalteten. So kam fast die gesamte Industrie zum Erliegen. Die Preise der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände stiegen ins Unermessliche. Unsere Kollegen und Kolleginnen waren fast alle arbeitslos oder Kurzarbeiter. Einzelne Betriebe haben bis zu fünf Viertel Jahre stillgelegen. Die reichstariflichen Löhne waren zeitweise geringer wie die Höhe der Erwerbslosenfürsorge im besetzten Gebiet. Die Besatzungszulagen reichten auch nicht im entferntesten aus, die Teuerung auszugleichen. Die Arbeitgeber sträubten sich mit Händen und Füßen gegen angemessene Löhne. Durch eine große Zahl Streiks, durch Anrufen von Regierungsstellen gelang es schließlich, bis zu 400 Proz. Zulagen in einzelnen Fällen zu erreichen. Mit der Aufgabe des Ruhrkampfes, der endlichen Stabilisierung der Währung und der Verständigung mit der Eisenbahntregie wurde es für unsere Berufe nicht besser und heute noch ist der Beschäftigungsgrad sehr gering. Ein großer Teil der Berufsangehörigen ist in andere Berufe abgewandert. Die Betriebe arbeiten durchweg verkürzt oder mit sehr geringem Personal. Eine Ausnahme macht nur die Köstner Kartonnagenindustrie, die dauernd gut beschäftigt ist und für die ein großer Mangel an Facharbeiterinnen besteht. Unsere Organisation leidet natürlich sehr unter diesen Verhältnissen. Hunderte verweisen an der Möglichkeit, durch die Organisation bessere Verhältnisse zu erringen. Auch hinderten kommunistische Treibereien eine Zeilang die Arbeiten des Verbandes in Köln, in Wiesdorf hinterließen sie einen Erbenhaufen. Eine Anzahl Mitglieder ging verloren durch Verweigerung der Absolution bei der Beichte.

Durch das Abkommen in London sind nun die Zölle fortgefallen, der Reiseverkehr ungehemmt und auch sonst ist manche Erleichterung eingetreten. Es ist zu hoffen, daß allmählich Handel und Wandel wieder in Fluß kommt und auch in unseren Berufen die Arbeitsgelegenheit günstiger wird. Da muß nun allerorts eingesetzt werden, die verlorenen Positionen wieder zu gewinnen. Gerade die vergangenen Jahre sollten doch jedem die Augen geöffnet haben für die Notwendigkeit der Organisation. Wo wären die Kollegen und Kolleginnen geblieben ohne Zusammenschluß angesichts der harmnädigen Verweigerung von angemessenen Besatzungszulagen durch die Unternehmer?

Zu einem neuen Raubzug rüsten nun die Kapitalisten. Alle Lasten der Reparation sollen die Arbeiter tragen. Verlängerung der Arbeitszeit und Herabdrückung der Löhne sollen der Industrie zu neuer

Blüte verhelfen. Wir müssen alle Kraft aufwenden, allerentschiedensten Widerstand zu leisten. Eine aktive Politik muß uns höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit bringen, damit durch planmäßige Produktion, Verbesserung der Technik und geringeren Profit die Kosten getragen werden. Das zu erreichen ist nur möglich, wenn alle Berufsangehörigen dem Verband angehören und eine gefüllte Kasse vorhanden ist. Deswegen müssen alle Mitglieder mit Hand anlegen. Bei jeder Gelegenheit müssen die Unorganisierten aufgefüttert werden. Nicht nur in Versammlungen, nein, hauptsächlich in der Werkstube und bei der Hausagitation. Im katholischen Rheinland betreibt die christliche Gewerkschaft immer noch Zersplitterungsarbeit. Auch hier muß nach Kräften gewirkt werden, um alle Berufsangehörigen von der Notwendigkeit des einheitlichen Zusammenschlusses zu überzeugen. Was hat Religion mit Vertretung der wirtschaftlichen Interessen zu tun? Nichts! Jeder ist uns willkommen. Die Kirche verlangt auch vom Unternehmer nicht, daß er sich einer christlichen Vereinigung anschließt. So dumm sind diese auch nicht, sie freuen sich über die Zersplitterung im Lager der Arbeiter. Es soll zwar anerkannt werden, daß das Zusammenarbeiten in den letzten Jahren ein gutes war, aber unendlich viel mehr hätte erreicht werden können, wenn eine einheitliche Organisation bestände. Den irrefeleiteten Kollegen und Kolleginnen muß das schädliche ihrer Handlungsweise vor Augen geführt werden. Es ist ja meistens nur Gedankenlosigkeit, was sie zu ihrem Tun veranlaßt, in manchen Fällen auch die niedrigeren Beiträge, die eine solche Zwergorganisation machlos macht. Die katholischen Arbeitgeber fragen den Teufel danach, ob ihre Arbeiter leben können. Das beweist der Wallfahrtsort Kewelaer, wo die Buchbinder heute noch nicht die „Api“-Löhne erhalten.

Darum heißt es jetzt: Aufgewacht! Der harmlosfröhliche Leichtsin der Rheinländer hat in den letzten Jahren so manchen Stoß erhalten, er muß einmal auf die Seite gelegt werden. Jeder sei aktiv im Befreiungsschlag seiner Klasse! Rührt die Hände:

Wenn alle handeln, geht es vorwärts!

D.-r.

Aachen.

Aachen lag während des Ruhrkampfes in der vordersten Linie. Als im Januar 1923 der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgte, starben die einzelnen Glieder des großen Wirtschaftskörpers nach und nach ab. Außer dem Ruhrgebiet mit seinen großen Zechen waren es die großen Werke der Metall- und Textilindustrie, die besonders in Aachen ungezählte Arbeitermassen beschäftigten, die ihre Löhne zeitweilig und zum Teil dauernd schließen mußten, weil sie als Exportindustrie keine Abfahrmöglichkeit mehr hatten. Eine Folge davon war, daß auch unser Beruf und besonders die Kartonnagenindustrie in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Arbeitslosigkeit nahm hier rapide zu. Dann setzte die staatliche Erwerbslosenunterstützung ein. Die Auszahlung der Unterstützung lag zuerst in den Händen der Stadtverwaltung, nachher, in einer schweren Krise, mußten die einzelnen Gewerkschaften die Auszahlung an ihre Mitglieder mit zwei Drittel des jeweiligen Tariflohnes unter großen Schwierigkeiten und Gefahren übernehmen. Dadurch wurde ein großes Opfer von den einzelnen Vorstandsmitgliedern verlangt. Wie die Frauen während des Krieges Reiche standen, um einige Kartoffeln zu ergattern, so standen jetzt die Erwerbslosen auf den Gewerkschaftsbureaus, um ihre Unterhaltungsbescheinigungen zu bekommen und nachher, im Dunkeln, wurde die Unterstützung dem einzelnen von uns ins Haus gebracht. Als die Rat der Arbeitslosen immer größer wurde, kam es zu Verzweiflungszügen. Selbst das Gewerkschaftshaus und die angestellten Beamten mußten herhalten. Ein Zug Erwerbsloser, von radikalen Elementen aufgehetzt, zog vor das Gewerkschaftshaus und schlug die Angestellten. Nur auf die Angestellten hatte man es abgesehen, die Nichtangestellten blieben verschont. Ansehend verprügte man keine Lust, deren Funktionen zu übernehmen. Kartoffelfelder wurden geplündert und Verhaftungen folgten. Um die Verhafteten zu befreien, zog eine

